

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Freitag, den 8. Juli 1921

Einzelnummer 25 Pf. Durch den Postweg 1,40 Mk. für die Woche. 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 1,10 Mk. für den Monat. Verlagsadresse: Postfach 100, Berlin, W. 1. Verleger: Verlag d. G. m. b. H. 'S. 'S. Berlin. Druckerei: 'S. 'S. Berlin.

Verlagsadresse: Die Leipziger Zeitungsstelle oder beim Herrn O. H. H. am Hauptbahnhof 1, 1000 Berlin. Durch den Postweg 1,40 Mk. für die Woche. 4,10 Mk. für den Monat. Verlagsadresse: Postfach 100, Berlin, W. 1. Verleger: Verlag d. G. m. b. H. 'S. 'S. Berlin. Druckerei: 'S. 'S. Berlin.

Freien Raum dem deutschen Kapital! Die Solidarität der Bankrotteneure oder Amerika soll pumpen!

In der Mittwochsitzung des Reichstages hielt der Entente-Verwalter in Deutschland, Dr. Wirth, seine angekündigte Rede über das Steuerprogramm der Regierung. Die Sozialdemokraten, deren Präsident das Werk der Schandjustiz mit der Einsetzung der Ausnahmegerichte begann, sanktionierten in der gestrigen Sitzung ausdrücklich die Justizschmach, indem sie gegen das Mißtrauensvotum, das die Kommunisten gegen Schiffer wegen seines ungeheuerlichen Verhaltens im Falle Tago w eingebracht hatten, stimmten.

Die Abgeordnete Schröder von der SPD. sekundierte der Regierung im Kampfe gegen die weitergehenden Anträge der Linken betr. der Wöchnerinnenbeihilfe. Dann sprach Wirth. Die dritte Rede, die er an diesem Tage hielt, der Grundton seiner Rede war der alte: Ihr Kapitalisten seid vernünftig, verknüpft nicht die Regierung mit allem tun, damit das Proletariat nicht an seinen Sklavenketten zerrt. Gleich nach Wirth betrat Hefflerich die Rednertribüne. Das „hohe Haus“ hörte diesen Kriegsverbrecher nach kurzem Protest der Linken ruhig an. Die Revolution war einmal. Gerolf Geyer zeigte, daß das Programm der Regierung Wirth das Programm der doppelten Ausbeutung des deutschen Proletariats ist. Wir kommen hierauf zurück.

Reichstagsitzung, 6. Juli 1921.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes über die Erhöhung der Beiträge in der Invalidenversicherung weist Abg. Bach (USPD) auf den Betrag hin, der mit dem gegenwärtigen Gesetz an der Invalidenversicherung begangen werden soll. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Rechtssozialisten haben sich lediglich für die Erhöhung der Beiträge ausgesprochen, ohne jede Verbesserung der Leistungen. Diese wollen sie angeblich erst nach den Festen bestimmen. Bach kennzeichnet dieses Verfahren als Heuchelei, da auch im Herbst an den Grundlagen der Versicherung festgehalten werden würde, und letzten Endes die Verbesserungen durch weitere Beitragserhöhungen weggemacht werden sollen. Er forderte demgegenüber die Verpflichtung der Regierung, allen in Not geratenen Volksgliedern die Existenz zu sichern.

Zu den Abänderungsanträgen der Unabhängigen zur zweiten Lesung des Entwurfes eines Gesetzes, betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge, sprach in warmer und überzeugender Weise Frau Wadnisch (USPD). Sie setzte sich für die Forderungen ein, eine Schwangerenunterstützung von acht Wochen vor der Entbindung in Höhe des Grundlohnes, aber mindestens 10 Mark täglich, zu gewähren. Frau Wadnisch verlangte ebenso wie die Rednerin der USPD, Frau Abg. Ignies durchweg Erhöhung der Leistungen. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, insbesondere aber Frau Abg. Schröder (Soz.) wandten sich in schärfster Weise gegen diese Forderungen. Für unser Mißtrauensvotum gegen den Justizminister Schiffer stimmten nur die Unabhängigen.

Die Sozialdemokraten sprachen zusammen mit allen bürgerlichen Parteien dem Minister der weißen Justiz ihr Vertrauen aus.

Nach allen ihren Reden über die Klassenjustiz sanktionierten auch die Sozialdemokraten das Treiben der weißen Justiz. Zur dritten Lesung des Nachtrages zum Reichshaushaltsplan ergreift das Wort der

Reichsminister und Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Der ordentliche Etat mit 48,5 Milliarden Ausgaben, darunter 35,8 Milliarden für die eigentlichen Reichszwecke und 12,7 Milliarden für Länder und Gemeinden. Der außerordentliche Etat für 1921 weist noch die Summe von 59 Milliarden Mark auf, darunter 26,6 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages, 18,9 Milliarden für die Zuschüsse an die Betriebsverwaltungen. Die übrigen 14,2 Milliarden sind nötig für Lebensmittelsubventionen, Erwerbslosenfürsorge, Wohnungsbau und anderes. Dieser außerordentliche Etat muß möglichst rasch abgebaut werden.

Die 26,6 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages gehen zum größten Teil direkt über in den Etat der Kontributionen, der in Zukunft einen Teil des ordentlichen Haushalts ausmachen wird. Der Kontributionensatz schwankt fortwährend je nach der Höhe der 26 Prozentigen Ausfuhrabgabe und nach der Höhe des Entwertungsfaktors des deutschen Geldes, nach dem Valutastand. Jede Reparationspolitik und jede Steuerpolitik mußte ad absurdum geführt werden, wenn die Mark dauernd stürzt. Die Reparationsleistungen sind gegenwärtig mit 3,6 Milliarden Goldmark zu beziffern. Hinzu kommt der schwankende Posten der Kosten der Besetzung. Für das laufende Jahr sind rund 10 Milliarden eingestellt worden. Auch der Umfang der Sachleistungen steht noch nicht fest.

Für die ersten Jahre wird man mit einer Papiergeldbesetzung auf Grund des Ultimatus in Höhe von 42 Milliarden Mark rechnen, dazu kommen noch die Kosten der Besetzung.

Es werden wir auch nicht vor jäheren Steuern zurückweichen dürfen.

Für den Reparationsetat muß auch die indirekte Besteuerung neben der direkten, wo diese noch aufbaufähig ist, verschärft werden. Da die Ausgabe drängt, müssen wir die Steuerreformpläne zurückstellen und auf dem alten Wege zum Ziele zu gelangen suchen. Vor allem müssen durch eine Verbesserung der Steuerpolitik der Erhebung und der Kontrolle aus den alten Steuern größere Einnahmen herausgeholt werden.

An indirekten Steuern kommen hinzu die Umsatzsteuer, Besteuerung von Zucker, Tabak, Bier, Branntwein und Zündwaren.

Ferner wird die Heranziehung der Unternehmungen mit einem Bruchteil ihres Vertrages, indem ein Teil ihrer Dividenden dem Reiche zugeführt wird, beabsichtigt. Der Nachkriegsgewinn soll durch eine Umlage erfasst werden. Bei der Einkommensteuer erwarten wir allein aus einer konjunktigen Reduzierung des Ver-

anlagung ein Mehraufkommen von 8 Milliarden. Mit einer Vermehrung der Kohlensteuer um 5 Prozent rechnen wir, daß sich die Einnahme um etwa 22 bis 26 Milliarden gegenüber dem Vorjahre erhöht. Die Beteiligung des Reiches an der Industrie wird erhöht.

Als Wirkung der Durchführung der Steuererlasse ergibt sich mindestens 60 Milliarden Steuererlöse im ganzen, wovon etwa 100 Milliarden Mark. Die Kohlensteuern müssen erhöht werden, ebenso die Exportabgabe. Zu erwägen ist die Frage der Erfassung der Valutagewinne.

Die laufenden direkten Steuern werden sich also für die nächsten Jahre auf etwa 40 1/2 Milliarden Mark belaufen. Bei den indirekten Steuern sollen sich 36,25 Milliarden Mark ergeben, dazu kommen noch die Befassungen des Reiches durch Länder und Gemeinden.

Die Garantiekommision droht mit Aenderung der Bedingungen, wenn wir nicht ein durchgreifendes Reformprogramm aufstellen. Wir erwarten aber auch die Aufhebung der Sanktionen und Restriktionen. Wir verlangen vom ganzen Volke heroische Opfer. Man gebe aber auch dem deutschen Volke freien Raum zur Befestigung seiner wirtschaftlichen und geistigen Kräfte.

Abg. Reil (Soz.) greift in theatralischer Weise die Deutschenationalen an, um die Aufmerksamkeit von der Schuld der Sozialdemokraten abzulenken. Wir werden das Möglichste tun, um die Ententeforderungen zu erfüllen.

Abg. Crispian (USPD) bedauert, die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer in einer Einheitsfront mit der gesamten Bourgeoisie zu sehen. Es gäbe keine Gemeinschaft zwischen irrenden Parteien der Bourgeoisie und dem Proletariat. Seine Partei lehne den Etat ab.

Abg. Kurt Geyer (USPD):

Die deutschen Kapitalisten waren es, die zum Kriege gehen haben, und im Kriege die Hehe weiter betrieben, bis sie Deutschland in die jetzige Lage brachten. Dieser Vorwurf trifft auch alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der Rechtssozialisten. Niemand hätte Hefflerich so wirken können, wenn er nicht von allen bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten unterstützt worden wäre.

Durch den ganzen Krieg wurde eine Finanzpolitik betrieben, die zum Ziele hatte, den Krieg der Vermehrung des Vermögens der bestehenden Klasse nutzbar zu machen. Der Krieg wurde von den bestehenden Klassen verlängert, die arbeitenden mußten bezahlen. Diese Politik der Vermehrung der Vermögen auf der einen und der Bedrückung auf der anderen Seite wurde nach dem Kriegskrisis fortgesetzt. Der Grundgedanke während des Krieges und nach dem Kriege war, die Grundlage des bürgerlichen Systems in Deutschland aufrecht zu erhalten. Die Steuerpolitik der Nationalversammlung, die Umsatz-, Kohlensteuer mit samt den anderen Steuern haben die Wirkung gehabt, daß das Vermögen auf der einen Seite noch mehr vermehrt wurde und die Verelendung auf der anderen Seite noch weiter fortschritt. Den Preissteigerungen sind die Lohnerhöhungen bei weitem nicht nachgekommen.

Das Ultimatum ist von den Bürgertlichen angenommen worden, weil sie hofften, daß die Leidenfähigkeit der deutschen Arbeiter keine Grenze habe.

Diese Leidenfähigkeit aber hat eine Grenze. Die jetzige Regierung hütet sich, ihre Pläne wirklich zu enthüllen. Das, was uns heute als Finanzprogramm vorgebracht wurde, ist nichts anderes, als ein Ausdruck der Hilflosigkeit diesen Zuständen gegenüber. Der Appell des Reichskanzlers an die Parteien, sie möchten sich auf einer mittleren Linie finden, ist nichts anderes, als ein Appell an die Befessenen, einige Konzessionen zu gewähren, damit die indirekten Steuern um so härter eingetrieben werden.

Wir werden alles aufwenden, um eine weitere Belastung der Arbeiterklasse unmöglich zu machen. Wir werden mit allen Mitteln darum kämpfen, daß die Lasten auf die Schultern der Befessenden gewälzt werden. Wir werden darum kämpfen, daß die Vermögen und Einkommen der Schuldigen am Kriege konfisziert werden. Wir verlangen die Konfiskation des Vermögens der früheren regierenden Häuser; die Konfiskation des Vermögenszuwachses der bekannten Kriegsheber, der vollen Kriegsgewinne der Rüstungsindustriellen und Herreslieferanten, die sofortige Konfiskation aller der Vermögen, aus denen arbeitslose Einkommen entstehen, aller der Einkommen, die über ein mittelbürgerliches Existenzminimum hinausgehen, des Vermögenszuwachses aller Reparationsgewinnler.

Wir fordern weiter, daß alle Produktionsmittel der Kontrolle der Arbeiterschaft unterstellt werden. Wirth hat ausgeführt, daß wir auf allen Wegen vorwärts schreiten sollen.

Dieser Weg würde einen Pfadsweg der deutschen Arbeiter bedeuten. Der Kampf der deutschen Arbeiter um ihre Existenz, der Kampf dagegen, daß die Lasten auf ihre Schultern gewälzt werden, beginnt.

Durch das weitere Anziehen der Steuerkräbe muß es zu den heftigsten sozialen Kämpfen kommen und die ganze politische Lage muß dabei aufgerollt werden. Das Reichsnotopfer hat bis zum heutigen Tage noch nicht einmal soviel eingebracht, wie viel die Arbeiterschaft mit ihrer Lohnsteuer zahlen mußte. (Hört, hört!) Bei der Beteiligung des Reiches an der Industrie denken Sie nur an ein Kompagniegeschäft zwischen Staat und Unternehmern zur gemeinsamen Ausbeutung der Arbeitenden. (Sehr richtig!) In dem kommenden Kampfe zwischen den Ausbeutern und Ausgebeuteten werden wir uns zugleich für die völlige Entregung der Produktionsmittel einsetzen. Wir verlangen völlige Freiheit des politischen Kampfes, Aufhören der Unterdrückungspolitik gegen unsere Partei, Aufhebung des Belagerungszustandes, Schluß mit den Orgeschabenteuern, Schluß mit dem Rahr-Böhmersystem.

Mit dem Kampfe gegen dieses Finanzprogramm werden wir den Kampf gegen die Reaktion, den Kampf gegen diese Regierung und gegen das kapitalistische System um die völlige Befreiung der Arbeiterschaft verbinden. (Lebhafter Beifall bei der USPD.) Nach einer Debatte über die Rappbrecher, über die wir noch berichten werden, wurde der Nachtragsetat gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen angenommen.

Schluß gegen 10 Uhr.

Dr. Rathenau, der große Philosoph der Stinnesrepublik, reist im Auftrag seiner Brotherrn im Land herum und hält — wie Rabinbrantath Tagore — moralische Vorlesungen über „Gebundenheiten“, über das „Solidaritätsgefühl“ und über das „Verwachsenheitsgefühl“ zwischen Landstellen und Ständen. Hinter diesem ganzen albernem Gemwäch steckt ein sehr realer Kern: die deutsche Regierung muß jetzt erfüllen.

Dies wird aber immer schwieriger. Bisher konnte die deutsche Bourgeoisie mit den Ententestaaten überall erfolgreich konkurrieren. Die Löhne der deutschen Arbeiter waren bei weitem niedriger als die der anderen Länder. Nach Veröffentlichungen des englischen Arbeitsministeriums betrug bei einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von 44 Stunden der Stundenlohn für Bauarbeiter 22 bis 28 Pence = 22 bis 28 Mark, in Deutschland bei 48 Stunden Wochenarbeit der Stundenlohn 6 bis 7 Mark! Jetzt werden aber die Ausfuhrmöglichkeiten für den deutschen Kapitalismus immer mehr beschnitten. Fast alle Staaten haben hohe Schutzollmauern um sich herum aufgerichtet. In Amerika ist am 27. Mai ein Zolltarif in Kraft getreten, der neben Erhöhung der Zölle auf landwirtschaftliche Produkte und Fertigfabrikate auch die Erhebung von Dumpingzöllen vorsieht. Die Zeitung für Handel und Industrie vom 5. Juli schreibt:

„Von den vom Ausland getroffenen Einfuhrbeschränkungen sind als besonders störend die Maßnahmen der Schweiz, Italiens und namentlich Frankreichs empfunden worden. Die von diesen Ländern geschaffenen Erschwernisse richten sich ganz offensichtlich gegen die Einfuhr deutscher Waren und machen sie — wenigstens teilweise — unmöglich.“

Zu gleicher Zeit hat in allen kapitalistischen Staaten eine großartige Unternehmeroffensive eingeleitet mit dem Ziele, umfassende Lohnüberabhebungen durchzudrücken. Sie sind von Erfolg gewesen in Amerika, England und Belgien. Alle diese Länder können jetzt wieder den Wettbewerb mit Deutschland aufnehmen, auch wieder in den Ländern, nach denen sich in der letzten Zeit gerade die deutsche Ausfuhr gerichtet hat, wie Südamerika und die Balkanländer. Nachdem vor kurzem die chilenische Regierung ihre Aufträge an Krupp gegeben hat, sind in den letzten Tagen große argentinische Lieferungen trotz der Vererbung der drei größten deutschen Stahlunternehmungen, Krupp, Bochum und Phoenix, an eine belgische Firma abgetreten worden. („Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 153 vom 3. Juli 1921.) Der deutsche Kapitalismus wird jetzt mit in die Abfahrtslinie hinein verwickelt, die er bisher viel weniger veripirt hat als alle anderen Länder.

Hier setzt Herr Dr. Rathenau ein. Wehmütig klagt er: „Vor allem aber sind die Länder und Völker dieses Kontinents verbunden durch den bleiernen Himmel einer Krisis, die von Ausgang bis zum Untergang über ihnen hängt.“

Mit diesen Worten glaubt Herr Rathenau, der diese Rede nicht etwa dem deutschen Volke hält, sondern vielmehr seinem guten Freunde P o u c h e u r, die Entente zu bewegen. Er weiß aus der Krise keinen anderen Ausweg, als zunächst den Engländern und Franzosen vorzujammern, wie schlecht es ihnen eigentlich allen dreien geht, daß sie alle drei tief in Schulden stecken und daß doch ihr Geld gegenüber dem von Amerika in gleicher Weise entwertet ist. Und er schlägt deshalb eine Versicherungsgemeinschaft für bankrotte Staaten auf gegenseitige Unterstützung vor. Diese Hoffnung auf das Verstandnis der französischen und englischen Bourgeoisie für den deutschen Kapitalismus zeigt den völligen Bankrott des „Wiederaufbauministers“. Es ist genau dasselbe, wie wenn ein Ertrinkender einen anderen Ertrinkenden auffordert, doch ja vernünftig zu sein. Gerade in den letzten Tagen hat sich ein B r i a n d weiterhin für die Aufrechterhaltung der Sanktionen erklärt!

Rathenau, der kluge Mann, hat aber schon einen Weg gefunden, wie man sich schön friedlich vertragen kann. Zahlen will er ja unbedingt, zumal er feststellen kann, daß „Deutschland“ (?) von seiner (?) Hände Arbeit gelebt hat, lebt und leben wird.“ Er berechnet in sehr mysteriöser Art, daß bei einem Export von 4 Milliarden Mark Arbeit (?) die Ausfuhr in Wirklichkeit 10 Milliarden beträgt, weil von den 4 Milliarden Mark Arbeit noch 6 Milliarden Mark Stoff (?) hinzutreten müssen.

Arbeit kann nur gebunden sein an Substanzen. Substanz aber wird mit Arbeit nicht stärker bejaht als etwa im Vertrage von 40 Prozent, wenn wir das Fertigprodukt ins Auge fassen. Wollen wir 4 Milliarden in Arbeitsmarken zahlen, so haben wir sie zu verbinden mit 6 Milliarden Stoffen und so erreicht die Ausfuhr, die erforderlich ist, um 4 Milliarden Arbeit zu exportieren, den Betrag von 10 Milliarden.“

Wenn dieser Unsinn überhaupt einen Sinn haben soll, dann bedeutet es wohl, daß die Kapitalisten nicht daran denken, die Reparationslasten von ihrem Mehrwert zu bezahlen, daß ihnen dieser vielmehr erhalten bleiben soll, und daß die Lasten beglichen werden durch eine auf Kosten der Lebenshaltung des Proletariats gerichtete Ausfuhr.

m 198

Der Dritte Kongreß der Kommunistischen Internationale.

ber alte Standpunkt, die Domänenpächter möglichst zur Stärkung des Einflusses der Großgrundbesitzer auf dem Lande zu erhalten, auch weiterhin beibehalten werden soll. Man wünscht nicht, daß der Einfluß der Großgrundbesitzer geringer wird, man möchte ihn verstärken. Und das ist wohl auch ganz gewiß der Hauptgrund, aus dem alle Parteien des Bürgertums so scharf gegen unseren Antrag auf

Selbstbewirtschaftung der Domänen

Stellung nehmen.

Wir haben zum Etat in erster Linie zu sagen, daß wir die Durchführung unseres Antrages der Selbstbewirtschaftung verlangen. Die Ausführungen des Herrn Abg. Wendorff, soweit sie sich auf die schändlichen Pachterträge bezogen, die weiterhin beschlössen worden sind, sind durch die Worte des Herrn Ministers nur bestätigt worden. Wir wissen, daß auf dem Lande ein überaus großer Wucher mit dem Grund und Boden getrieben wird, fast ebenso toll, wie in den Städten. Als Beweis dafür führe ich das Gut Friedrichsfelde an. Dieses Gut ist im Besitz eines Herrn v. Treslow, der den Grund und Boden, den er jetzt besitzt, früher für ein außerordentlich billiges Geld erworben hat. Als er zur Steuer veranlagt werden sollte, entrüstete er sich darüber, daß man ihn mit einer Mark für den Quadratmeter zur Grundsteuer heranzog und erklärte, 50 Pfennig seien mehr als genug, und dadurch sei er schon viel zu schwer getroffen. Nicht lange danach hat er mit einer Seidlungs-Gesellschaft in Verbindung treten können, und da hat er dieser Seidlungs-Gesellschaft das Land, das er früher nicht mit einer Mark versteuern wollte, jetzt mit 6 Mark für den Quadratmeter angeboten. Das zeigt, wie vom Grundbesitz auf dem Land die Seidlungen „unterstützt“ werden. Aber Herr v. Treslow wurde noch übertrieben. Es fand sich eine Grundbesitzer-Gesellschaft, und diese hat, weil die Seidlungs-Gesellschaft das teure Land nicht nehmen wollte und nehmen konnte, 10 bis 15 Mark für den Quadratmeter.

Da zeigt sich, wohin es führt, wenn der Grund und Boden im Privatbesitz ist. Wir sind der Meinung, daß alles in Bewegung gesetzt werden muß, um den Grund und Boden in den Gesamtbesitz überzuführen. Dieser Wucher kann sehr wirksam bekämpft werden, wenn sich auf dem Lande zunächst die Domänen im Besitz der Gesamtheit befinden. Genosse Schulz bringt dann noch eine Reihe weiterer durchschlagender Beispiele für den ungeheuerlichen Wucher der Domänenbesitzer.

Wir haben außerdem für diesen Etat den Antrag gestellt, die Wohnungsbauten weit mehr und weit stärker zu fördern. Drei Millionen für den

Wohnungsbaufonds auf dem Lande

auszugeben, erscheint uns viel zu gering. 15 Millionen sind das mindeste, was man ausgeben muß. Bisher hat man der Regierung immer geglaubt, wenn sie erklärte, im nächsten Jahre werde mehr, werde besseres, werde großzügigeres geleistet. Das hat man auch schon im Vorjahr gesagt. Auf den Domänen ist es so, daß das

Sich weit besser untergebracht ist als die Menschen. Ich könnte hier Einzelheiten vortragen, die beweisen, daß es geradezu schändlich um die Wohnungen der Landarbeiter bestellt ist, daß man die Arbeiter in keiner Weise so gut hält wie etwa das Vieh.

Wir haben ferner verlangt, daß die Landgewinnungsarbeiten in Schleswig-Holstein und überall, wo sie sonst vorgenommen werden können, die Moor- und Sümpfbewässerungsarbeiten und die Eindeichungsarbeiten in einem weit größeren Umfang vorgenommen werden, in einem größeren Umfang deswegen, weil eine überaus starke Arbeitslosigkeit herrscht und weil ja auch die Gesundheit des Volkes ein Interesse daran hat, brauchbares Land, brauchbar kultiviertes Moor usw. mehr zu gewinnen.

Wir verlangen ferner, daß die Behörde Ebnast gut auf die Lager, in denen

Soldatensiedlungen

sich befinden. In verschiedenen dieser Soldatensiedlungslager, so z. B. aus dem Postkötter Lager, sind Litziere und Mauthschaften als bewaffnete Verbände nach Ober Schlesien geschickt. Hier hätte Herr Reichmann, der sonst nur revolutionäre Arbeiter beibringt, einmal einreisen können.

Wenn wir also fordern, daß die Domänenverwaltung die schärfste Kontrolle ausüben soll, wenn wir weiter fordern, sie soll nicht nur Kontrolle ausüben, sondern auch sofortige Auflösung der Pachterträge herbeiführen, bei denen sich eine solche Umsiedlung der Kleinpächter zeigt, so hoffen wir, die Zustimmung aller der Parteien zu bekommen, die sonst immer erklären, für die Kleinen einzutreten.

Der größte Teil der Wucherer gehört den rechtsstehenden Kreisen an. Der Reichslandwirtschafter, Freiherr v. Richthofen, der sogar Mitglied des Reichswirtschaftsrates ist, hat Wucherpreise in Naturalien gefordert und zwar um den Pforter Anzeiger 1600 Mark. Auch der Rittergutsbesitzer Herr v. Nagow hat Grund und Boden mit 400 Mark gekauft und wollte ihn mit 3000 Mark verkaufen. Es wäre an der Zeit gewesen, daß der Staat diesem sauberen Herrn seinen gesamten Besitz enteignet hätte. Aber nichts ist geschehen. Die Landarbeiter sind Sklaven, die nicht einmal Jodel erhalten, daß sie ihren Hunger stillen können, während die Großgrundbesitzer in Berlin ihre Renten beziehen.

So habe hier aus dem Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft des deutschen Reichstages Ausführungen des Minister für Ernährung und Landwirtschaft zu zitieren. Er sagt:

Die Erntezahl von Brotgetreide, Gerste und Hafer bei der Reichsgetreideernte sei vom Jahre 1918 bis zum Jahre 1920 auf ein Viertel zurückgegangen. (Hört, hört! bei den Komm.)

Da sehen Sie nur, wie sich diese Einzelbeispiele aus Delichsch, aus Hitterfeld und allen anderen Streifen in dem Gesamt- bild widerspiegeln, in Zahlen, die der Minister für Ernährung und Landwirtschaft, der intimiten Freund der Agrarier im deutschen Reichstage vorgetragen hat, also keine Hebertreibungen.

Nun sage ich, von der Domänenverwaltung ist zu verlangen, daß sie eine schärfste Kontrolle ausübt, damit bei dem Um- laufe der Domänenpächter und die Agrarier sich nicht wieder allgemein ihrer Pächterspflicht entziehen!

Sie von der rechtssozialistischen Partei fragen: Woher sollen wir die geeigneten Menschen für die Selbstbewirtschaftung nehmen? Die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse lassen dem Proletariat nicht Zeit, zu warten, bis die Wehrheitssozialisten der Meinung sind: jetzt haben wir genügend Menschen, um die Bewirtschaftung der Domänen durch den Staat ausüben zu können. Ihre Auffassung, daß nur die „geeigneten“ Domänen in Selbstbewirtschaftung genommen werden sollen, ist so laienhaft, daß man wirklich an Ihre früheren Schimpfwörter von den „rechten Betrieben“, die Sie sozialistischeren wollen, erinnert wird.

Nach der Richtung hin hat Philipp Scheidemann — ich glaube in Weimar auf Ihrem Parteitag — einmal gesagt: Man kann nicht alles auf einmal sozialisieren, erst die reifen Betriebe kann man sozialisieren, und die reifen sind nicht, die da meinen, man könne sofort vom höchstentwickelten Betrieb bis zum letzten Kleingarten sozialisieren! Ja, sehen Sie, sie wollen gar nichts. Sie wollen weder einen Arbeiterladen, noch eine Domäne, noch einen industriellen Betrieb sozialisieren. Sie reden dem Proletariat solche Kläuse, solche törichte Wendungen ein, um Ihre eigene Reichheit zu verdecken. Sie haben nicht den Mut, die Wirtschaftsführung zu übernehmen!

Zum Schluß sage ich: Die Landarbeiter werden, dafür sollen wir unsere Kräfte einsetzen, ihre Macht zusammenfassen, damit die Domänenpächter die Güntlinge des Staates ihre an- dererischen Praktiken nicht allzulange mehr durchführen können. Wir sind der Auffassung, wie Friedrich Engels schon ausge- sprochen hat: wenn die Landarbeiter erkennen, was sie für eine Macht haben, wenn sie sich zusammenschließen, dann werden sie auch die Herrschaft der Agrarier in der Domänenverwaltung und der Domänenpächter in besondern niederrigen Kreisen. Dazu bei-

Moskau, 2. Juli.

In der Sitzung vom 30. Juni gaben die italienischen Sozialisten die Erklärung ab, daß sie versprechen, alles zu tun, damit die Bestimmungen des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale auf dem bevorstehenden Parteikongreß verwirklicht werden. Gleichzeitig machte auch die tschechoslowakische Delegation den Vorschlag, daß die Delegierten der kommunistischen Parteien jener Länder, die der „kleinen Entente“ angehören, sowie die kommunistischen Parteien Ungarns und Polens sich versammeln sollen, um über taktische Fragen zu beraten, da die „kleine Entente“ das Ziel verfolgt, Sowjetrußland zu vernichten. Der Zusammenschluß der Bourgeoisie erfordert auch den engen Zusammenschluß der kommunistischen Kräfte. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Bericht Nabels über die Taktik der Internationale.

Bei der Bestimmung unserer Taktik gehen wir von der konkreten Beurteilung der gegebenen Epoche aus. Wir müssen feststellen, welchen Weg die Weltrevolution jetzt geht: bergauf oder bergab? Es ist für die kommunistische Internationale von der größten Wichtigkeit, nicht nur in einer Zeit des Aufschwunges der revolutionären Bewegung ihre Aufgaben ganz genau zu kennen, sondern auch zu einer Zeit, da die revolutionäre Bewegung eine absteigende Richtung verfolgt. Nabel erachtet es aber für notwendig, den Kongreß an den Besitz des Berichtes Trotskis zu erinnern, daß in der jetzigen Zeit sich keine solchen Kräfte bemerkbar machen, die uns veranlassen könnten, anzunehmen, daß wir in der Entwicklung der Revolution eine Unterbrechung zu verzeichnen haben. Niemand betrachtet Martow als Anhänger der Weltrevolution. Doch hat dieser unlängst mehrere Artikel veröffentlicht, in denen er konstatiert, daß das Anwachsen der gegenrevolutionären Bewegung noch lange nicht die Bedeutung hat, daß der Kapitalismus seine Krisen überwinden hätte. Ganz im Gegenteil. Die Unfähigkeit des Kapitalismus, das Wirtschaftsleben wieder aufzurichten, die wachsende Arbeitslosigkeit, die Herabsetzung der Arbeitslöhne erscheinen Martow für die jetzige Krise charakteristisch. Diese Krise muß zu neuen revolutionären Ausbrüchen führen.

Zu der Frage der Zweieinhalbten Internationale übergehend, weist Nabel auf einen Anschlag Friedrich Adlers hin, der sagte, daß die kommunistische Internationale auf die schnelle Entwicklung der Weltrevolution spekuliert. Wir haben schon lange darauf hingewiesen, daß unsere Taktik auf der langsamen Entwicklung der Weltrevolution basiert; deshalb haben wir es auch für notwendig erachtet, gegen die ungebildigen linken Elemente Stellung zu nehmen. Unsere Vorstellungen vom Gange der Entwicklung der Weltrevolution sind ganz andere als die der Leiter der Zweieinhalbten Internationale. Die Zweieinhalbte Internationale sieht diese Zeit der langsameren Entwicklung als eine Periode an, die es ihnen gestatten wird, ihre Partei so auszubauen, daß es Adler möglich sein wird, in voller Ruhe und ohne jede Gefahr auf die Barrikaden zu gehen. Für uns ist diese Zeit eine Periode stürmischer Kämpfe, in denen die kommunistischen Parteien Siege und auch Niederlagen erleiden können. Die Meinung einiger Genossen, wie z. B. des tschechoslowakischen Führers Emeal, daß die Periode der offenen Kämpfe abgeschlossen ist und wir zum Positionskriege übergehen müssen, ist vollständig falsch. Wir durchleben jetzt nicht eine Periode der Einstellung der Kämpfe, sondern eine Periode der Formierung und Ergänzung der Armee des Proletariats. Nabel geht jetzt zu einer anderen Behauptung Adlers über, der behauptet hat, daß die Diktatur des Proletariats nicht der Weg zum Siege des Proletariats sei, das russische Beispiel habe den letzteren nicht bewiesen. Das Beispiel Rußlands zeigt aber doch den Übergang zum Sozialismus. Wir müssen die Beschlüsse des Kongresses energisch durchführen. Man muß energisch darauf hinwirken, daß die kommunistischen Parteien ihrer Pflicht der Weltrevolution gegenüber nur dann nachkommen, wenn sie sich an die Spitze jeder Bewegung des Proletariats ihres Landes stellen. Nabel analysiert die letzten Ereignisse in Italien, der Tschechoslowakei und Deutschland, und kommt zu dem Schluß, daß wir es in Italien und der Tschechoslowakei mit einer opportunistischen Führerschaft zu tun hätten, die es nicht verstand, die elementare Bewegung der Massen auszunutzen. In Deutschland hingegen haben wir, das revolutionäre geistige Führer es nicht verstanden, eine Massenbewegung vorzubereiten und durchzuführen. Der Umstand, daß die deutsche kommunistische Partei trotz aller Mängel doch in den Kampf ging, ergab als Resultat, daß das deutsche Proletariat sich fester an die Partei angeschlossen. In Mitteleuropa kam es zu einer Entfaltung der zentralen Elemente, was auch zu einer Erhöhung der Kampffähigkeit der Partei beitrug. Die Märzenerlage wird, da die deutschen Kommunisten viel daraus gelernt haben, ein Vorbote großer zukünftiger Siege des deutschen Proletariats sein.

Was die revolutionäre Arbeit betrifft, so weist Nabel darauf hin, daß die Sozialdemokraten sich bemühen, die Lage der Arbeiterklasse im Rahmen des existierenden bürokratischen Systems zu bessern. In Deutschland werden diese Bemühungen unter dem Lösungsworte der Sozialisierung laut, in England unter dem Lösungsworte der Rationalisierung der Grubenindustrie. Wir Kommunisten stehen auf einem ganz anderen Standpunkte, da wir gleichzeitig mit der Forderung nach Bekräftigung der politischen Macht des Proletariats auch alle seine übrigen Forderungen unterstützen, die den Staat des tatsächlichen Kampfes des Proletariats sind. Wenn wir der Arbeiterklasse helfen, höhere Arbeitslöhne zu erlangen, so tragen wir dadurch durchaus nicht zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems bei. Indem wir dem Proletariat helfen, führen wir es zu immer größeren Kämpfen. Weiter stellen wir die Forderung der Bewaffnung des Proletariats und der Entwaffnung der Bourgeoisie. Wir erachten die Propaganda als bestes Mittel zur Vorbereitung des Kampfes. Da wir uns am Vorabend großer Kämpfe befinden, müssen wir für alle Fälle gerüstet sein. Da die Entwicklungslinie der Revolution des Proletariats keine gerade ist, so können wir nicht wissen, was uns der morgige Tag bringt. Wir können die Revolutionen nicht kommandieren, wir sind aber verpflichtet, die Armeen des Proletariats zu führen. Die vorbereitende Arbeit muß mit Offenaktionen parallel gehen. Unsere Parole heißt: Aus jeder Lage möglichst viel Vorteil zu erzielen. Bereitet euch zum Kampfe vor und lernet aus diesen Kämpfen.

Nabel beendet seinen Bericht mit dem Hinweis darauf, daß die kommunistische Partei die breitesten Massen der Arbeiter an sich ziehen und aus den Kämpfen lernen muß; denn nur durch Erfahrungen lassen sich die besten Kampfmethoden feststellen.

zutragen, die Landarbeiter zu befähigen, das Joch der Agrarier abzuschütteln, dazu werden wir unsere ganzen Kräfte einsetzen. Wir heulen, der Zeitpunkt ist nicht fern, wo Stadt- und Landproletariat die Gängelung der kapitalistischen Wirtschaft niedergerungen haben, die Domänenpächter, die Ausbeuter der Landarbeiter, die Ausbeuter der Unterpächter, die Ausbeuter der Arbeiterben auf dem Lande! (Dravo und Beifall auf der Linken!)

Mittwoch, den 6. Juli 1921.

Nach Eridigung einer Reihe kleiner Einlagen werden die Abstimmungen über den Domänenhaushalt vorgenommen. Die Anträge der Kommunisten werden abgelehnt, darunter der Antrag, durch sofortige Grundsteuer-erhöhungen, welche Domänenpächter Grundstücke weiterverpachtet, welche Preise für

In der Sitzung vom 1. Juli fanden Diskussionen über den Bericht Nabels statt. Gempel, der Vertreter der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, sagt im Namen seiner Partei, daß er die Gewerkschaftsverbände für die soziale Revolution als ungeeignet erachtet, und daß seine Partei nur die Organisation von Produktionsverbänden als einzig richtige Organisationsform erachtet. Terracini, der Delegierte der italienischen kommunistischen Partei, sagt, daß seiner Meinung nach die Arbeiterklasse nur durch aktive Führer auf dem Weg des Kampfes gebracht werden kann, da Beispiele und Aktionen viel überzeugender wirken als Propaganda. Terracini beendet seine Rede mit folgenden Worten: Es ist für einen revolutionären Kampf durchaus nicht notwendig, daß ein großer Teil des Proletariats der kommunistischen Partei angehört. Für eine revolutionäre Offensive genügt es vollkommen, wenn die Sympathien der Arbeiterklasse auf unserer Seite sind.

Rede Lenins.

Lenin kritisiert in seiner Rede die Ausführungen Gempels und Terracinis und sagt, daß, wenn der Kongreß gegen solche linke Einwirkungen nicht energisch auftritt, so kann der Bewegung der Weltrevolution daraus Schaden erwachsen. Noch hat keine einzige kommunistische Massenpartei in Europa tatsächlich die Führung über die Mehrheit der Arbeiterklasse erlangt. Terracini sagte, daß in Rußland die Kommunisten eine kleine Partei waren, als sie siegten, und ist damit unzufrieden, daß wir den tschechoslowakischen Kommunisten die Aufgabe gestellt haben, die Mehrheit der Arbeiterklasse auf ihre Seite zu ziehen. Wir waren wohl eine kleine Partei, wir hatten aber die Mehrheit der Arbeiter- und selbst der Bauern für uns. In Rußland hatten wir im Jahre 1917 — gering gerechnet — die Hälfte der Armeen auf unserer Seite. Heigen Sie uns nur ein einziges kapitalistisches Land, wo Sie die Hälfte der Armeen auf Ihrer Seite haben. Terracini verteidigt das Prinzip der Offensive und ist für den Übergang zu Aktionen. Dieses sind Tendenzen, welche die linken Sozialrevolutionäre im Kampfe gegen uns verfolgten. Auf diesem Gebiete haben wir große politische Erfahrung, da die Kommunisten vierzehn Jahre lang gegen die Menschewiken und Halb-anarchisten gekämpft haben. Wenn wir diesen Kampf nicht geführt hätten, so hätten wir die Macht im Verlaufe dieser dreieinhalb Jahre nicht behaupten können. Jetzt aber, nach dreieinhalb Jahren Revolution über politische Tendenzen streiten, anstatt über die Vorbereitungen zur Revolution zu sprechen — das ist eine Schmach.

Die Märzereignisse bedeuten für Deutschland einen großen Schritt vorwärts. In diesen Tagen haben Hunderttausende deutscher Arbeiter gekämpft. Wir in Rußland haben deshalb gefestigt, weil wir unsere Revolution seit Kriegsbeginn vorbereitet haben. Die erste Vorbereitung zu unserem Siege war, daß 10 Millionen Arbeiter und Bauern bewaffnet waren. Wir verstanden es, zur rechten Zeit das Lösungswort der Revolution auszugeben, wobei uns noch dieser Umstand zu Hilfe kam, daß die großen Massen der Bauernschaft gegen die Gutsherrschaft waren.

Unsere erste Aufgabe war, wahre kommunistische Parteien zu schaffen und dieser Aufgabe entledigten sich der erste und der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale. Schaffung einer kommunistischen Partei heißt: Nieder mit den Zentralkomitees!

Wir fechten, weil wir die Mehrheit nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Bauern für uns hatten. Die kommunistischen Parteien müssen wissen, daß der Begriff der Massen durch die Bedingungen des Kampfes bestimmt wird. Es gibt Fälle, wo 20000 Menschen genügen, um den Sieg zu sichern.

Nachdem Lenin seine Ausführungen vollendet hatte, erscholl donnernder Applaus.

In der Abend Sitzung gab der Vertreter der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands eine Schilderung der Märzereignisse. Der Delegierte der tschechoslowakischen kommunistischen Partei, Burias, wies auf die große Organisiertheit der Partei hin. Malchahn, der Vertreter der Opposition in der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands, hob hervor, daß der Einfluß der kommunistischen Partei in den Gewerkschaftsverbänden seit den Märztagen bedeutend stärker geworden ist.

Rede Nadjarins.

Die Partei muß mit den Umständen zu rechnen verstehen. Die Theorien der kommunistischen Internationale sind nichts Starres und Ewiges. Angefangen vom Jahre 1917 haben die Bolschewiken die Lüge der Bourgeoisie, daß sie den Bürgerkrieg entfachen wollen, demontiert. Sie haben immer Beweise ihrer Friedfertigkeit erbracht, angefangen vom dem Abbruch des Brester Friedens bis zum Friedensschluß an der politischen Front. Die Theorien der deutschen kommunistischen Arbeiterpartei, daß das Kapital von heute in bestimmten Unternehmungen organisiert ist, ist falsch. Denn die Trusts über ihre Herrschaft über ganze Industriezweige aus. Die Gewerkschaftsverbände müssen den Kampf mit dem Kapital auf allen Industriezweigen aufnehmen. Man muß den Gewerkschaftsverbänden neue revolutionäre Kräfte geben.

Moskau, 3. Juli.

In der Sitzung, welche den Diskussionen über taktische Fragen gewidmet war, hielt Sinowjew eine Rede, in der er u. a. folgendes sagte: Der zweite Kongreß hat sich bemüht, alles zu tun, damit das Verhältnis zwischen den kommunistischen Parteien und den breiten Arbeitermassen enger wurde. Im Laufe des letzten Jahres haben wir auf diesem Gebiete vieles erreicht. Der dritte Kongreß muß die Notwendigkeit der engeren Annäherung an die Massen hervorheben. Eine Gefahr für die kommunistische Internationale liegt in der vorzeitigen Kampflosigkeit der jungen Partei. Wir Opportunisten sind natürlich Agenten der Bourgeoisie. Aber wenn die rechten Elemente unsere Feinde sind, so dürfen wir doch auch die Gefahren, die von den linken Elementen kommen, nicht außer acht lassen. Ein Vertreter der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands, der dann an Worte kam, sagte, daß Deutschland vor neuen revolutionären Kämpfen steht. Das Sinken der Produktion und die Arbeitslosigkeit müssen zu neuen Kämpfen führen. Der kommende Generalkrieg werde mit einem allgemeinen Zustande gleichbedeutend sein. Die Mehrheit der deutschen Kommunisten erachten es auf Grund der wirtschaftlichen Lage für notwendig, daß deutsche Proletariat zum Kampfe vorzubereiten. Wen. Trotski sprach über die Frage der revolutionären Taktik. Politisch gibt es und kann es keine Partei geben, die weiter links steht, als wir Kommunisten der Dritten Internationale. Wir müssen dafür sorgen, daß wir nicht nur jede adäquate Lage voll ausnützen, nicht nur kämpfen, sondern auch unsere Siege sicherstellen können.

von den Unterpächtern gefordert haben, mit dem sich die anwesenden Mitglieder der Rechtsparteien während der Beratung im Plenum einverstanden erklärt hatten. Damit haben sich die Mittel- und Rechtsparteien mit dem Wucher der Domänenpächter solidarisiert!

Dann folgte die Beratung des Entwurfs über die Stärkung der Selbstständigkeit der Verwaltungsbezirke in Groß-Berlin. Eine Abstimmung erweist die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Es folgen einige kleinere Anträge betreffend das Überleitungs-gesetz und die Verbesserung der Bezüge von Ruhegehaltsempfängern und ein Antrag der Sozialdemokraten über die allgemeine Kündigung der Lehen- und Pachterträge.

Wächter Sitzung: Notthaushalt, kleine Vorlagen.

Breslauer Nachrichten

Notwendigkeit einer straffen, gut durchorganisierten Part.

Die Märzaktion hat uns gezeigt, daß wir unsere Parteiorganisation noch weit besser ausbauen müssen als bisher. Unsere Parolen kamen nur schwer an die Massen heran und es fehlte an Genossen, die planmäßig die notwendigen organisatorischen Arbeiten durchführten. Doch mancher Parteigenosse wußte nicht, wo und wie er seine Kräfte zur Verfügung stellen konnte. Uns allen war wohl klar, daß das Proletariat im Kampf um seine Existenz auf die Machtmittel des Staates stoßen muß. Aber organisatorisch war die Partei trotzdem nicht genügend auf Aktionen eingestellt. Als sie den Angriffen der Reaktion ausgesetzt wurde, war sie nicht ausgebildet, gefestigt und schlagkräftig genug, um sich schnell allen Erfordernissen anzupassen.

Diese Frage der guten Durchorganisation der Partei wurde oft als nebensächlich abgetan. Es wurde gesagt, daß die Hauptsache die gute politische Linie, die richtigen Parolen wären. Nach den Erfahrungen der Märzaktion müssen wir feststellen: die Partei muß imstande sein, die Aufgaben, die die politische Lage ihr stellt, auch organisatorisch durchzuführen.

Es genügt nicht, daß jeder seine Mitgliedskarte hat, daß er rechtzeitig seine Beiträge bezahlt und an allen Versammlungen teilnimmt. Wohl, auch das ist notwendig, denn es bildet zu allem weiteren die Grundlage. Genossen, die nicht registriert sind, sind für die Partei nicht vorhanden. Und wer seinen Beitrag nicht bezahlt und nicht regelmäßig zu den Versammlungen kommt, der zeigt so wenig Interesse an der Partei, daß man von ihm nicht erwarten kann, daß er sonst noch für den Kommunismus werben und arbeiten wird.

Wir sind doch nicht nur deshalb in der kommunistischen Partei, weil sie unsere Interessen vertritt, sondern hauptsächlich deshalb, weil sie die Organisation ist, welche die kommunistischen Gedanken unter die breiten Massen trägt, welche für den Kommunismus kämpft, weil wir an unserem Teil mitkämpfen, mitkämpfen wollen, darum sind wir Mitglieder der KPD.

Agitation und Kampf für den Kommunismus, das sind die Aufgaben jeder kommunistischen Partei. Und beides kann nur dann erfüllt werden, wenn die Partei gut organisiert ist. Die Masse der Indifferenten ist ungeheuer, die sozial-patriotischen bzw. sozialpazifistischen Parteien sind alle und eingearbeitete Organisationen. Die bürgerliche Presse versucht mit ihren Verdrehungen und Lügen noch immer recht weite Kreise des Proletariats. Der bürgerliche Staatsapparat (Polizei, Reichswehr) ist gut und stark organisiert. Und außerdem hat die Bourgeoisie noch ihre eigenen illegalen Truppenformationen, die mit allem Notwendigen, mit Waffen und Ausrüstungsgegenständen aufs weitgehendste versehen sind.

Gegenüber allen diesen teils die Revolution hemmenden, teils ihr offen feindlich gegenüberstehenden Gewalten, können wir nur siegen, wenn wir unsere kommunistische Partei so organisieren, daß sie jederzeit zupacken kann, daß sie in kürzester Frist auch den letzten Genossen zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen vermag.

Keine Kraft, keine Fähigkeit, keine Zeit, nichts darf ungenutzt bleiben. Alles muß in den Dienst der Arbeit für den Kommunismus gestellt werden. Jeder Genosse muß schnell durch die Organisation zu erreichen sein, um an den Platz geholt zu werden, wo er gebraucht wird. Die kommunistische Propaganda muß überall hingetragen werden, auf das Land, in die Städte und Städtchen, in die Häuser, in die Kavernen, in die Betriebe in die Ställe und in die Scheunen. Überallhin!

Die Polizei die Bourgeoisie darf uns nicht tot bekümmern. Um bei Verhaftungen nicht zu gänzlichem Untergang verdammt zu sein, müssen wir uns und zwar die gesamte Partei, in allen ihren Zweigen, schon jetzt auf die Möglichkeit einstellen, damit wir jederzeit bereit sind. Ein bewaffneter Angriff der Bourgeoisie auf das Proletariat darf uns nicht wieder unvorbereitet finden; jeder muß wissen, wo dann sein Platz ist, was er dann zu tun hat.

Und dafür zu sorgen, daß alles dies eingerichtet und gut eingerichtet und vorbereitet ist, das nennt man: die Partei organisieren.

Dies Organisieren der Partei ist nicht allein Aufgabe der Parteifunktionäre. Im Gegenteil, jeder einzelne Genosse muß darauf drängen, muß bei dieser Arbeit helfen und dafür sorgen, daß wenn sich irgendwelche Widerstände entgegenstellen, dieselben rasch und gründlich überwunden werden.

Wir müssen unsere Partei straff und gut durchorganisiert, das ist eine der Hauptaufgaben aus der Märzaktion für uns.

Die Kinderwoche der kommunistischen Jugend

Wie überall im Reich so war auch in Breslau die erste Internationale Arbeiter-Kinderwoche für unsere Bewegung von großem Erfolg. Die in den ersten Tagen von den Kindern erfasste rege Tätigkeit im Verlauf von Zeitungen, Karten, Broschüren usw. brachte es mit sich, daß die Sips ob dieses hochinteressanten Treibens einfließen: einen der Kleinen verhaftete, um die Zeitungen abzuholen und durch Verführung bei der Woge die Kameen der Kabinenstapenführer herauszubekommen. Natürlich ohne Erfolg. Die ganzbesetzte große Kinderversammlung, welche Samstagabend stattfand, nahm einen sehr schönen Verlauf, daß es schwer war zur gegebenen Zeit die Anwesenden zum Heimgehen zu bewegen! Sonntag, 2. Juli, wurde durch eine Demonstration begangen, bei der manchem Spitzer die Augen entgingen über den revolutionären Geist der Jugendbewegung. Der gegen 1000 Teilnehmer zählende Demonstrationzug zog nach einer am Halbinselgäßchen gehaltenen Auftragsunter Mitführung von roten Fahnen und Plakaten, auf denen die Aufschriften standen: Heraus mit den kapitalistischen Schiebern aus Fabrik und Hütte! Umwandlung der Fabrik in Volkshäuser für Arbeiterkinder! Weg mit dem „Freien Arbeiter!“ Die Klug der Arbeiterkinder! Heraus mit unseren gefangenen Eltern! u. a. m. zum Geleit, um den dort eingesperrten Eltern und Vätern das Gelübde abzulegen nicht eher zu rufen und lassen bis sie befreit sind. Unter Aufhängen der Internationale ging es dann die Schindlergasse hinunter zum Ring, wo die Sips sich verpfändert hielten gegen die Demonstrationen einzuschreiten und es kam dadurch zu Zusammenstoßen. Eine kurze Schlägerei endete als ein zu eifriger Sporn eines der Kleinen die Zeitungen zu zerreißen versuchte, von diesem aber durch eine Schlägerei abgelenkt wurde. Die Sips wußte ihre Machtlosigkeit einzeln und gab unter vielen Beschimpfungen auf die Demonstrationen den Besatz. Mit Hochrufen auf die KPD und Weltrevolution

ging der imposante Demonstrationzug am Ringplatz auseinander. Die Bemerkungen der gaffenden Bourgeois wie Vergeltung der Kinder! Schmutzige Sache usw. zeigt uns, daß wir auf dem besten Wege sind. Mögen die Alten lernen von uns Kleinen.

Aus der Provinz

Waffenübungen der Junter

Ein Beispiel, wie sich in unmittelbarer Nähe Breslaus die Krautjunter mit Waffen einbeden, gibt folgender Vorfall:

Am Sonntag wurde bei Jordansmühl ein Lastauto mit Anhänger angehalten. Beim Dominium Mraue fiel dieser Transport einigen Arbeitern auf. Der Kreisleiter mit den Gendarmen nahmen auf Anruf die Verfolgung auf. Bei der Durchsicherung stellte sich heraus, daß auf beiden Wagen 185 Infanteriegewehre, 25 Maschinengewehre mit Munition, eine Unmenge Handgranaten, Motorsägen mit Ersatzteilen verladen waren. Der Transport sollte nach dem Dominium Schwentzberg gebracht werden.

Aus den verschiedenen Zuschriften, die uns zugehen, geht hervor, daß die Krautjunter die Liquidation des ober-schlesischen Aufstandes bezogen um Waffen zusammenzubekommen, um bei dem in Aussicht stehenden Aufstand der Monarchie zu greifen zu sein.

Die Deutschnationalen auf dem Kriegspfade gegen die Kommunisten

Daß die kommunistische Partei es trotz aller Belästigungen und Verleumdungen mag eine intensive Propaganda auf dem Lande zu entfalten, scheint den Großgrundbesitzern in Schlesien ganz besonders unangenehm zu sein.

So konnten wir schon am 9. Juni 1921 berichten, daß Graf v. Kaiserling als Häuptling der Arbeitgeberverbände der Land- und Forstwirtschaft der Provinz Schlesien ein Rundschreiben verfaßt hatte, mit dem Hinweis auf die komm. Landagitation. Man sprach damals davon: „es sei zu befürchten, daß auch in Schlesien dadurch Ursache in das Arbeitsverhältnis getragen würde. Wir bitten Sie, unsere Mitglieder in geeigneter Weise, nicht durch die Presse, hierauf aufmerksam zu machen usw.“

Was diese Worte bedeuteten, das lehrte uns eine von der Ortsgruppe Steinau a. O. nach Mittelhammer einberufene öffentliche Versammlung, die von etwa 60 Personen besucht war. In dieser Versammlung gaben sich die Deutschnationalen ein Stelldichein. Etwa zwanzig von diesen „Stützen“ der Nation waren erschienen, darunter der deutschnationale Parteisekretär Grandel aus Steinau und einige Großgrundbesitzer und sonstige Honoratioren.

Proletarier, Genossen!

Denkt an die Opfer der weißen Justiz.

Zeichnet die Listen der „Roten Hilfe“.

Die Abicht vieler „verfassungstreuen“ Elemente war es von Anfang an, die Versammlung zu sprengen, was aber nicht gelang.

Gleich bei Beginn der Versammlung fehlten die Zwischenrufe ein. Besonders aber hatten es den Leuten die Feststellungen des Referenten angetan, die sich mit der Zunahme der Landwirtschaft des Brandlandes und dem Rückgang des Anbaues an Ackerfrüchten beschäftigten. Selbst die Feststellung des deutschnationalen, des ganz edlen Freiherrn von Braun, daß für 25 Millionen Deutschler kein Brotgetreide vorhanden sei, erfüllte sie für nunmehr. Die Mahnungen des Vorsitzenden, kein Appell an ihren Bildungsgrad, die Landarbeiter und Kleinbauern waren ruhig, warra fast erfolglos.

Zur Diskussion sprach zunächst der Gutbesitzer von Niederhammer, Herr Berger. Dieser Mann versuchte die Landwirtschaft als interessante Wirtschaft hinzustellen, er erklärte, da brauche man mehr Arbeitskräfte als beim Ackerbau. (Wir glaubten dem Herrn, daß sein „Profi“ bei der Reichswirtschaft „interponiert“ ist.) Um die Ausführungen des Referenten zu unterstützen, erklärte er sie alle für nunmehr.

Der zweite Redner, ein Herr Sabisowski, sagte: Wenn man die letzten Reden des Referenten hörte, konnte man wirklich annehmen, er sei ein Kommunist, wie sie in den Parlamenten sitzen. Eine jandbare Schimpansensade folgte, die Kommunisten sind nur rabulale Sozialdemokraten. Holz sei ein gemeiner Verbrecher, wie jeder Kommunist ein Verbrecher sei. Die Kommunisten wollen Deutschland an Rußland verkaufen, wie sie Ober-schlesien an Polen verkauft hätten. — Die Jandgabe der deutschnationalen Stimmen war darauf zurückzuführen, daß die Menschen vernünftiger geworden sind.

Dann sprach Herr Grandel, Parteisekretär der Deutschnationalen in Steinau. Seine Rede war überhaupt weiter nichts als ein Betäubungsversuch darüber, daß die Kommunisten es wegen, auf das Land zu gehen und ihre Gedanken in die Kreise der Kleinbauern und Landarbeiter tragen. Folgende Worte offenbarten das in ganzer Größe. Es ist eine Gemeinheitsfrage, daß es sich um das Land zu handeln, um unser Volkshaus nahe heranzuführen, die nicht so leicht denken, auf die Eigen der Kommunisten heranzuführen. Wir müssen daher protestieren, daß man zu was auf das Land kommt.

Der kommunistische Abgeordnete Herr Hentz ist es diesem Herrn besonders unangenehm zu haben. Jandzeit war aber die Feststellung dieses Herrn, daß der Landarbeiter nicht besser, sondern schlechter lebt als vor dem Kriege. — Aus dem Munde dieses Mannes das zu hören, ist lächerlich, und wir werden uns des merken. Aber Herr Grandel hat das nur um die Landarbeiter gegen den 9. November mobil zu machen, darum sagte er, es sei notwendig, die Arbeiter zu jandeln zu lassen. Die Vergebung durch die Kommunisten hat keine Ursache darin, daß die Sozialdemokraten so meinet Herr

Grandel, 50 Jahre lang den Arbeitern etwas vorgefunkelt hätten, das sie, als sie in der Regierung saßen, nicht erfüllt konnten, und „es doch klar ist, daß man sich von alten Einrichtungen schwer trennen kann.“

Zawohl, Herr Grandel! Wir glauben es Ihnen, daß Sie sich schlecht von der alten Monarchie trennen konnten und können. Dann kam das Geld von Rußland, und daß die Kommunisten Verbrecher und Lumpen sind.

Diese Worte, so oft von Herrn Grandel gebraucht, konnten einen Kommunisten nicht beleidigen, sie waren der Ausfluß ohnmächtiger Wut.

Den Kommunisten dürfte kein anständiger Mensch folgen. Zum Schluß kam eine „rührende“ Hindenburghuldigung, die einem politisch reifen Menschen wie eine Waschweiberkomödie anmuten mußte. (Herr Grandel hätte bald gessennt.)

Als der Referent dann etwa 5 Minuten sein Schlußwort gesprochen hatte, veranstalteten die „Verfassungstreuen“ einen Hüllenturm und brachten so „würdig ihrer Tradition“, ohne Terror und Gewalt“ zu herrschen, zu Ende.

Doch wir kommen wieder! Die Zeit ist unser Bundesgenosse und die Großgrundbesitzer die treibende Kraft für unsern Erfolge. — Alles Anfang ist schwer.

Striegau. Hier sind bei der städtischen Gesamtkonferenz größeren Veruntreuungen insbesondere durch den Stadtverordneten Klaar vorgekommen. Dieser Klaar ist von den Sozialdemokraten auf die Wahlliste gesetzt. Bei den Verhandlungen wollten die Sozialdemokraten, insbesondere Stadtv. Kurtzbach, den Betrüger von ihren Hochschönen abschütteln. Unter anderem erklärte er, daß der Klaar ein Kommunist sei. Dazu schrieben unsere Genossen, daß Klaar niemals der KPD, oder der früheren USG, angehört habe. Er sei ein Novemberstallst und habe bei den Sozialdemokraten eine große Rolle gespielt.

Am 26. Juni fand eine öffentliche Volksversammlung in Badern s. Striegau statt. Genosse Frangel-Striegau nahm in seinem Referat Stellung zu den Vorgängen in Oberschlesien und den allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen. Stadtrat Müller versuchte in der Diskussion, unseren Genossen zu widerlegen. Mit seinem Appell, auf noch besseres Funktionieren des Wahlapparates, fand er kein Gehör.

Genossen!

Werbt neue Leser

für die

„Schlesische Arbeiter-Zeitung“

Versammlungs-Kalender

KPD, Ober-Hermsdorf, Sonntag, den 10. Juli, nachm. 1 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof zur guten Laune. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Verantw. Red.: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag: Sog.-Verl., e. G. m. b. H., Breslau, Druck: Felix Wolf, G.m.b.H., Berlin S 14.

Zeitgarten

Täglich 7 1/2 Uhr:
Einziges Sommerparitree
in Breslau.

Schauspielhaus

Operettenbühne. Tel. Ring 2545

Heute 7 1/2 Uhr:
Die Postmeisterin.

Sonnabend 7 Uhr:
Zum ersten Male
Die Scheidungsreise.

Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.

Sonntag u. täglich 7 1/2 Uhr:
Die Scheldangsreise.

Gas-, Wasser- und Stromabnehmer.

Infolge der Erhöhung der Postgebühren haben sich die Verzinsungen für Verbrauchsrechnungen und monatliche Abschlagszahlungen in der Kasse der Betriebswerke so gehäuft, daß teilweise ein außerordentlich starker Andrang herrscht und die Zahlenden oft längere Zeit auf Abfertigung warten müssen. Dielem Umstande läßt sich leicht begegnen, wenn alle Entnehmer unserer Erzeugnisse, die ein Sparbuch der hiesigen Sparkasse oder einer ihrer Nebenstellen besitzen oder sich anlegen lassen, dieses gegen eine Gebühr von 2 Mk. jährlich bei den Sparkassenstellen hinterlegen. Auf einen dort zu stellenden Antrag übersendet die Kasse der Betriebswerke alsdann alle wiederkehrenden Rechnungen usw. für den Hinterleger unmittelfach an die Sparkasse, die sie aus dem vorhandenen Guthaben bezahlt. Es ist dazu aber unbedingt notwendig, daß der Entnehmer des Sparkassenguthabens stets auf genügender Höhe hält. Des Einspruchsrechts gegen die Rechnungen begeben sich diese Sparkassenzahler dadurch nicht, da sie beim Vorsprechen in der Sparkassenstelle stets die jeweilig vorliegenden Rechnungen ansorgehend erhalten.

Wir empfehlen allen Gas-, Wasser- und Stromabnehmern, soweit sie nicht eigene Bank- oder Postsparkonten besitzen, von obiger Einrichtung Gebrauch zu machen. Die geringe Hinterlegungsgebühr von 2 Mk. jährlich wird durch die Ersparnisse an Postgebühren, Straßenbahngeldern und vor allem an Zeit bei weitem gedeckt.

Die Betriebsdeputation.

Sieben erziehen:

Sült's Ermordung.

Faktsachen, gesammelt v. Bezirksverband Berlin-Brandenburg der KPD. Sült als Berufscollege von Friedland. Einleitung von Friedland. Mit 4 Bildern.

Preis 1,25 Mark.

Kommunistische Bücherei

Breslau 5, Gräbigerer Straße 45.